

Ist ein rasches Ende wirklich beabsichtigt?

Die von Indien über Nepal verhängte Wirtschaftsblockade dauert nun schon seit fast fünf Monaten unvermindert an. Anzeichen, die auf eine Annäherung der Standpunkte oder gar eine Beilegung des Konfliktes hindeuten könnten, sind nicht in Sicht. Im Gegenteil, man kann eher von einer Verschärfung der Auseinandersetzung sprechen. Daran ändern auch gelegentliche Vorschläge der einen oder anderen Seite nichts, solange diese nicht von der jeweiligen Gegenseite aufgegriffen werden. Man gewinnt als Außenstehender fast den Eindruck, als sei beiden Staaten momentan an einer Fortdauer der Konfliktsituation gelegen.

Indische Sicherheitsinteressen

Aus indischer Sicht würde jedes Abweichen von den Forderungen die indische Vormachtpolitik auf dem Subkontinent in Frage stellen. Dies würde unweigerlich

als ein Anzeichen der Schwäche in der Politik Rajiv Gandhis gedeutet werden. Derartige Spekulationen darf sich der indische Premierminister angesichts der angespannten Lage auf Sri Lanka und der bevorstehenden indischen Parlamentswahlen nicht erlauben.

Zweifelsohne hatte die indische Regierung nicht mit einer derartigen Standfestigkeit Nepals gerechnet, als sie am 19. März eine Wirtschaftsblockade über den Himalaya-Staat verhängte, um durch wirtschaftlichen Druck seine Sicherheitsinteressen durchzusetzen. Allzu oft hatte Indien in der Vergangenheit Nepal auf diese Weise sehr schnell in die Knie zwingen können, sobald das Himalaya-Königreich versuchte, sich aus dem Abhängigkeitsverhältnis zu seinem südlichen Nachbarn zu befreien.



Tankfahrzeug in den Straßen von Kathmandu: Brennstoffe sind immer noch knapp (Foto: Rolf Schmelzer)

Bereits der Großvater des heutigen indischen Premierministers, Jawaharlal Nehru, hatte in den 50er Jahren die Bedeutung der nepalisch-tibetischen Grenze für die indische Sicherheitspolitik hervorgehoben. Die logische Konsequenz war die Einrichtung einer indischen Militärmission in Kathmandu und die Stationierung indischer Soldaten entlang der Grenze zwischen Nepal und Tibet. Die Besetzung Tibets durch China und der indisch-chinesische Grenzkrieg im Jahre 1962 brachten daher auch eine große Gefahr für Nepal mit sich.

Erst Ende der 60er Jahre wurden auf Drängen Nepals die indischen Militäreinheiten aus Nepal abgezogen. Als Indien dann in den 70er Jahren nach der Teilung Pakistans zur dominierenden Macht auf dem Subkontinent aufstieg und - ganz im Zeichen seines Sicherheitsdenkens - Sikkim als zweiundzwanzigsten Unionsstaat annektierte, wuchsen in Nepal die Befürchtungen vor einem ähnlichen Schicksal. Daher bemühte man sich um eine Anerkennung Nepals als internationale Friedenszone, ein Aufruf, den bereits mehr als 150 Nationen der Erde, darunter auch die Bundesrepublik, unterzeichnet haben. Indien fehlt jedoch weiterhin in der langen Reihe der Unterzeichnerstaaten. Indien benötigt ein befreundetes und verbündetes Nepal als strategischen Garanten für die Sicherung seiner Nordgrenzen gegenüber China.

Entgegen den Bemühungen Nepals propagierte Indien die Schaffung einer südasiatischen Friedenszone, in deren Bereich Indien dann aufgrund seiner militärischen Vormachtstellung als Hüter von Ruhe und Ordnung - man denke an das Eingreifen in Bangladesh, Sikkim, auf den Malediven und Sri Lanka - auftreten würde. Indien verkennt oder mißachtet dabei jedoch, daß sich seine Sicherheitsvorstellungen in manchen Punkten deutlich von denen der übrigen südasiatischen Staaten unterscheiden. Dennoch erwartet es, daß seine südasiatischen Nachbarn diese Vorstellungen kritiklos übernehmen.

Jedes Handeln eines Staates, das den indischen Vorstellungen zuwiderläuft, wird daher als unfreundlicher Akt, ja Aggression aufgefaßt, denen man von indischer Seite mit geeigneten Maßnahmen begegnen muß. Bereits in früheren Jahren hatte Nepal hin und wieder anti-indische Beschlüsse gefaßt, die von Indien widerwillig geschluckt oder, wenn die Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen des Landes zu sehr bedroht waren, mit wirtschaftlichem Druck beantwortet wurden. Letzterem konnte Nepal gewöhnlich nicht sehr lange standhalten. Doch man gewinnt fast den Eindruck, als habe Nepal die gegenwärtige Situation bewußt herbeigeführt, da es in den letzten Jahren zahlreiche, gegen die indischen Interessen zielende, Entscheidungen getroffen hat.

Nepals innenpolitischer Nutzen aus der Krise

Nepal ist dem ungleichen Friedens- und Freundschaftsvertrag aus dem Jahre 1950 zufolge zur Konsultation Indiens verpflichtet, wenn es Waffen aus einem Dritt-

land kauft und diese über indisches Territorium nach Nepal transportiert. Damals dachte niemand daran, daß Nepal einmal über Straßenverbindungen zu anderen Ländern als zu Indien verfügen würde. So konnte Nepal jetzt ausgerechnet von China Waffen kaufen und über die tibetische Straße nach Kathmandu schaffen, ohne den großen Nachbarn im Süden zu konsultieren und ohne - sehr zum Ärger indischer Politiker - die Richtlinien des Vertrages von 1950 zu verletzen.

Die übrigen, weitaus bedeutenderen Maßnahmen der nepalischen Regierung waren wirtschaftlicher Natur. Sie umfaßten eine Erhöhung der Importsteuern für indische Güter bei gleichzeitigen Steuererleichterungen bei der Einfuhr von Waren aus China sowie die Forderung nach der Ausstellung einer offiziellen Arbeitserlaubnis für alle nicht aus Nepal stammenden Arbeitnehmer und damit auch für die zahlreichen Inder, die in Nepal arbeiten. Letztere Maßnahme steht ganz eindeutig im Widerspruch zu den Inhalten des Friedens- und Freundschaftsvertrages, ist aber aus nepalischer Sicht durchaus verständlich (siehe 'Südasiens', Nr. 5-6/89).

Um diese wirtschaftlichen Autonomiebestrebungen Nepals eindämmen zu können, hatte Indien keine andere Wahl als auf einer abermaligen Zusammenlegung von Handels- und Transitvertrag zu einem einzigen Vertragswerk zu bestehen. Diese Vereinbarungen waren erstmals im Jahre 1978 in getrennten Dokumenten niedergelegt worden, wodurch Nepal die Möglichkeit erhielt, erstmals einen eigenen wirtschaftlichen Kurs einzuschlagen. Nachdem Indien die am 23. März 1988 ausgelaufenen Verträge bereits zwei Mal jeweils um sechs Monate verlängert hatte, aber gleichzeitig unbeirrt auf einer Zusammenlegung der Verträge beharrte, konnte die indische Wirtschaftsblockade für Nepal nicht ganz überraschend kommen. Aus Mangel an Lagermöglichkeiten war es Nepal jedoch nicht möglich, größere Vorräte, vor allem an Brennstoffen, anzulegen. So wurde insbesondere die ärmere Stadtbevölkerung Nepals zumindest in der Anfangsphase hart getroffen, zumal viele skrupellose Händler, darunter viele Inder, versuchten, Kapital aus dieser Notlage zu schlagen. Dies rief den Unmut der gebildeten Kreise, vor allem der Studenten, hervor. Ihre Demonstrationen richteten sich nicht nur gegen die indische Regierung, sondern auch gegen die eigene Staatsführung und König Birenda. So forderten sie unter anderem weitergehende demokratische Rechte für die Bevölkerung Nepals. Diese Unruhen, die sicherlich auch im Sinne Indiens waren, wurden von der nepalischen Regierung durch den massiven Einsatz von Polizei und Militär sowie die Schließung der Tribhuvan-Universität rasch unterbunden. Gleichzeitig rief man über die regierungsfreundlichen Medien zu nationaler Solidarität unter Führung des nepalischen Monarchen auf. Dem Aufruf zu nationalem Zusammengehen konnten sich auch die oppositionelle Presse und die verbotenen politischen Parteien nicht entziehen.

Die verbotenen politischen Parteien, allen voran der 'Nepali Congress' (NC), sind sich der prekären Situation des Landes voll bewußt. Auch sie betonen die



Straßenszene in Kathmandu (Foto: Rolf Schmelzer)

Notwendigkeit der Souveränität und der nationalen Einheit Nepals, sehen andererseits aber auch, daß die indische Wirtschaftsblockade der Regierung des Premierministers Marich Man Singh Shrestha dazu verhilft, ihre Schwächen und Fehler in Vergessenheit geraten zu lassen und das parteilose Panchayat-System zu festigen. So geben die Führer des NC heute die Schaffung einer konstitutionellen Monarchie als Ziel ihrer politischen Bemühungen an, in der dem König die Rolle der Integrationsfigur und des Garanten für die Souveränität und Unabhängigkeit des Landes zukommen soll. Diese Zielsetzung wiederum mißfällt den radikalen Kräften innerhalb der Partei, die die einzige Chance für mehr Demokratie und Freiheit in der Abschaffung der Monarchie und des damit verbundenen politischen Systems sehen. Diese Uneinigkeit innerhalb der stärksten nepalischen Oppositionspartei dürfte dem Panchayat-Lager sehr willkommen sein.

So ist es kaum verwunderlich, daß die indische Wirtschaftsblockade allmählich aus den Schlagzeilen der Titelseiten der nepalischen Presse verdrängt wird. Die Bevölkerung hat inzwischen gelernt, mit der Situation

zu leben, so daß auch die Universität wieder geöffnet werden konnte. Mit Beginn der Sitzungsperiode des Nationalpanchayats sind die innenpolitischen Probleme wieder stärker in den Vordergrund gerückt. Hier sind die zahlreichen Fehler und Schwächen der Shrestha-Regierung nicht vergessen und es mangelt auch innerhalb des Parlaments nicht an oppositionellen Kräften und Kandidaten für das Amt des Premierministers. Solange das Volk sich jedoch diszipliniert verhält und sich mit der außenpolitischen Marschrichtung der Regierung solidarisiert, dürfte das Panchayat-Lager gestärkt aus der Wirtschaftsblockade hervorgehen.

Weder Indien noch Nepal kann an einer völligen Eskalation des Konflikts gelegen sein. Doch können sich beide gegenwärtig nicht von ihren gegensätzlichen Standpunkten lösen, ohne dabei ihr Gesicht zu verlieren. Man wird also wohl noch bis nach den indischen Parlamentswahlen und vielleicht noch bis zu einer Umbildung der nepalischen Regierung warten müssen, bis beide Länder zu einem Kompromiß bereit sind.

K.-H. Krämer